

Meine Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

„Unser Herz ist weit, doch unsere Möglichkeiten sind endlich“. Dieses Zitat – ausgesprochen von Altbundespräsident Joachim Gauck auf dem Höhe-



punkt der ersten europäischen Flüchtlingskrise 2015 – hat nichts von seiner Aktualität verloren: Denn der Migrationsdruck auf Europa und besonders Deutschland steigt. Die Folgen sind auch bei uns in Bayern deutlich spürbar.

Wir haben den Bund deshalb aufgefordert, den Kommunen bei der Mammutaufgabe „Flüchtlingsunterbringung“ endlich auskömmliche Finanzmittel und Bundesimmobilien zur Verfügung zu stellen.

Doch auch in diesen Krisenzeiten geschehen noch Zeichen und Wunder:

Unsere Bayerische Ehrenamtsbeauftragte Eva Gottstein hat die GEMA-Flatrate für ehrenamtliche Vereine durchgesetzt! Nach drei Jahre langen und äußerst zähen Verhandlungen steht fest: **Ab 1. April müssen Vereine in Bayern bei kostenlosen Festen keine GEMA-Gebühren mehr entrichten – sauber!** Wer stattdessen zahlt, lest Ihr auf den folgenden Seiten.

47.000 Musikveranstaltungen ehrenamtlicher Vereine werden allein in diesem Jahr kostenfrei gestellt.
Ab 1. April. Dank GEMA-Flatrate!

Eva Gottstein, Sprecherin für Ehrenamt und Ehrenamtsbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung



Rückblick

NEUES AUS UNTERFRANKEN

Aiwanger: "Wir brauchen mehr Speicher - Energiegenossenschaft ÜZ zeigt wie es geht"

LÜLSFELD/MÜNCHEN Der Ausbau von erneuerbaren Energien und die Einspeisung bzw. Speicherung des grünen Stroms stehen auf der Agenda des Freistaats ganz oben. „Wir treiben alles gleichzeitig voran: Photovoltaik- und Windkraftanlagen ausbauen, das Stromnetz weiter ertüchtigen, Stromspeicher errichten und die Wasserstoffwirtschaft



Staatssekretärin Anna Stolz (rechts) bei Besuch der Energiegenossenschaft ÜZ Mainfranken in Lülsfeld mit Herrn Staatsminister Hubert Aiwanger (links) (Foto: StMWI/E. Neureuther)

in Gang bringen“, erklärte Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger. Er besuchte am Freitag auf Einladung von Staatssekretärin Anna Stolz, Landtagsabgeordnete aus Unterfranken, die Energiegenossenschaft ÜZ Mainfranken in Lülsfeld, Landkreis Schweinfurt. „Sie haben alle diese Aufgaben auf dem Schirm und leisten hervorragende Arbeit, damit die Energiewende vorankommt“, stellte der Staatsminister fest. Vor allem Speicher sind für den Staatsminister ein wichtiger Baustein, um mittelfristig grünen Strom, der nicht sofort verbraucht oder ins Netz eingespeist werden kann, zu nutzen. „Wir brauchen deutschlandweit viel mehr Speicherkapazität und dies technologieoffen. Der grüne Strom soll in Batterien fließen, in Wasserstoff umgewandelt oder in Pumpspeicherkraftwerken verwendet werden – alles ist besser als Wind- und PV-Anlagen bei Überproduktion für viel Geld

abzuregulieren. Was hier in Lülsfeld gebaut wird, wollen wir auch in vielen anderen Regionen Bayerns umsetzen, wenn es sich bewährt. Ansonsten wird der Ausbau der Erneuerbaren Energien massiv abgebremst, weil der Ausbau der Netze zu langsam vorangeht und außerdem nicht das Problem löst, Stromüberschuss und in die Zeitfenster zu schieben, wo wenig Strom erzeugt, aber viel gebraucht wird“, erklärte der Staatsminister. Staatssekretärin Anna Stolz ergänzt: *„Die ÜZ Mainfranken ist ein Paradebeispiel für die regionale, bürgernahe und dezentrale Energieversorgung. Nur so können wir die Energiesicherheit im gesamten Freistaat sichern. Die ÜZ ist fest in der Region Unterfranken verwurzelt und steht für erneuerbare Energiequellen und gleiche Lebensbedingungen von Stadt und Land.“*

Die Energiegenossenschaft ÜZ versorgt 125.000 Menschen in der Region Main-Steigerwald mit Strom, der unter anderem aus Wasserkraft, Biomasse, Sonnenenergie und Windkraft erzeugt wird. Da bilanziell mehr grüner Strom erzeugt als verbraucht wird, hat die ÜZ ein neues Schalthaus in Brünnsstadt in Planung sowie als Pilotprojekt einen neuartigen Großspeicher. Die ÜZ Mainfranken befindet sich dazu in Kontakt mit dem Technologieunternehmen CMBlu Energy aus Alzenau, das sogenannte Organic Solid Flow-Energiespeicher entwickelt hat. Der Speicher wird gefüllt, wenn erneuerbarer Strom im Überfluss vorhanden ist und die gespeicherten Reserven werden aktiviert, bevor Strom aus dem vorgelagerten Netz bezogen wird. Die ÜZ Mainfranken wird dadurch zu einem Reallabor für die Energiewende. Wissenschaftlich begleitet wird das Projekt von Prof. Dr.-Ing. Zink von der Technischen Hochschule in Schweinfurt.

Auch Bettina Bärmann und Thomas Benz nahmen als Vertreter des Landratsamtes Schweinfurt an dem Treffen teil. Neben dem Umspannwerk in Brünnsstadt und dem geplanten Großspeicher waren auch der Ausbau erneuerbarer Energien, der dafür erforderliche Netzausbau sowie die regionalen Potenziale für die Erzeugung von Wasserstoff Themen des konstruktiven Austauschs. Dabei stellte die ÜZ Mainfranken auch die besonderen Aufgaben eines rein ländlichen Energieversorgers dar. „Die Energiewende findet

auf dem Land statt. Dies stellt vor allem ländliche Versorger vor besondere Herausforderungen. Solche Vorreiterprojekte wie das der ÜZ Mainfranken sind wichtig, damit die Klimaschutzziele in Bayern erreicht werden können“, betonte Energieminister Aiwanger.



Nach einem regen Austausch über die Energiewende und das neue Großspeicherprojekt der ÜZ Mainfranken traf man sich zum Gruppenfoto auf der Baustelle in Brunnstadt. In der Mitte Herr Staatsminister Hubert Aiwanger mit Frau Staatssekretärin Anna Stolz (Foto: StMWI/E. Neureuther)

Erfolg für FREIE WÄHLER im Landtag: GEMA-Ehrenamtsflatrate startet am 1. April!

Staatssekretärin Anna Stolz dankt Ehrenamtsbeauftragter Gottstein für beharrliches Engagement

MÜNCHEN. Am 1. April geht's los: **Ab dann müssen Vereine in Bayern bei kostenlosen Festen keine Gebühren mehr an die Rechteverwertungsgesellschaft GEMA entrichten. Stattdessen zahlt der Freistaat Bayern.** Mit diesem Vorstoß zur Entbürokratisierung des Ehrenamts haben sich die FREIEN WÄHLER in der Bayernkoalition erneut durchgesetzt.

*„Die GEMA-Flatrate für bürgerschaftlich Engagierte ist ein Riesenerfolg für unsere Fraktion und unsere Ehrenamtsbeauftragte **Eva Gottstein**“, erklärt **Anna Stolz**, Staatssekretärin und Abgeordnete aus Arnstein. Bereits ab 1. April seien ehrenamtlich Tätige und gemeinnützige Vereine in Bayern berechtigt, **Musikveranstaltungen ohne Zahlung von GEMA-Gebühren durchzuführen.** „Der Freistaat Bayern übernimmt dafür allein in diesem Jahr Kosten in Höhe von rund 1,4 Millionen Euro; ein entsprechender **Vertrag wurde mit der GEMA auf zunächst vier Jahre geschlossen.** Das ist uns die weitere Stärkung des bayerischen Ehrenamts wert.“*



„Bayern übernimmt die GEMA-Gebühren für unsere Vereine. Das ist eine echte und spürbare Entlastung!“

Das Verhandlungsergebnis entspreche genau jenem Entbürokratisierungsschub, den die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion Anfang Januar bei einem Ehrenamtsempfang anlässlich ihrer Fraktionsklausur in Chieming gegenüber Hunderten bürgerschaftlich engagierten Menschen versprochen habe, so Stolz: *„Anmeldung und Abrechnung von Musikveranstaltungen mit der GEMA ist eines der Themen, die mir **von ehrenamtlich tätigen Menschen am häufigsten als aufwen-***

***dig und belastend geschildert werden.** Deshalb freuen wir uns, dass es nach drei Jahren Verhandlungszeit gelungen ist, eine für alle Seiten zufriedenstellende Lösung zu finden.“*

Allein in diesem Jahr würden **mittels GEMA-Flatrate rund 47.000 Musikveranstaltungen kostenfrei gestellt**, betont die Staatssekretärin:

„Unserer Bayerischen Ehrenamtsbeauftragten **Eva Gottstein** danke ich sehr herzlich für ihr unermüdliches Wirken bei den zahlreichen Verhandlungsrunden der vergangenen Jahre mit der GEMA. Welch ein großartiges Ergebnis!“

NEUES AUS DEM KULTUSMINISTERIUM

Rund eine Million bayerischer Schülerinnen und Schüler erhalten am Freitag ihr Zwischenzeugnis

Information über aktuellen Leistungsstand und Unterstützung für zweites Schulhalbjahr - Lehrkräfte und Ansprechpartner der Staatlichen Schulberatung bieten Eltern, Kindern und Jugendlichen professionelle Beratung

MÜNCHEN. Am Freitag ist es wieder soweit: Das Zwischenzeugnis gibt rund einer Million bayerischer Schülerinnen und Schüler eine Orientierung über die Leistungen der vergangenen Monate. Kultusminister Michael Piazolo nutzt diese Gelegenheit, um die Bedeutung des Zwischenzeugnisses einzuordnen: „Ein Zeugnistag ist natürlich immer ein besonderer Tag. Viele freuen sich darauf und sind stolz auf das, was sie bisher geleistet haben. Andere wiederum sind nicht zufrieden, wirken betrübt und machen sich Sorgen. Doch ganz gleich, mit welchen Gefühlen man dem Freitag entgegenblickt: Wir sollten das Zwischenzeugnis auch nicht überbewerten, denn Noten sind bei Weitem nicht alles im Leben und das Zwischenzeugnis ist, wie der Name schon sagt, nur ein Zwischenstand. Rückstände können aufgeholt und Vorsprünge wollen verteidigt werden. Zeit ist noch genug und das Schuljahr hat noch viele Chancen auf Lager.“

Auch Kultusstaatssekretärin Anna Stolz unterstreicht: *„Es kann nicht immer alles überall rund laufen. Wichtig ist: Jedes Kind hat Stärken und Talente. Und jedes Kind findet im differenzierten und durchlässigen bayerischen Schulwesen einen guten Bildungsweg, um seine Schullaufbahn erfolgreich abzuschließen. Wenn ein Zeugnis also einmal nicht so erfreulich sein sollte,*

dann ist es für Eltern und Kinder ganz entscheidend, Ruhe zu bewahren und mit kühlem Kopf nach den Ursachen zu suchen", so die Staatssekretärin.

Vielfältige Möglichkeiten der Förderung

In diesem Zusammenhang verweisen Minister und Staatssekretärin auf die vielfältigen Unterstützungs- und Fördermöglichkeiten im bayerischen Schulsystem. Besonders die Lehrkräfte kennen die Anlagen und Kompetenzen ihrer Schülerinnen und Schüler sehr gut. Auch die Beratungslehrkräfte und die Schulpsychologinnen und Schulpsychologen an den Schulen vor Ort und an den Staatlichen Schulberatungsstellen bieten kompetente und professionelle Beratung. Die Kontaktdaten der Ansprechpartner der Staatlichen Schulberatung an den Schulen vor Ort werden über Aushänge, Rundschreiben sowie über die jeweilige Schulhomepage bekannt gemacht. Die Kontaktadressen der Staatlichen Schulberatungsstellen finden Sie unten aufgeführt.

Für Schülerinnen und Schüler, bei denen insbesondere in Folge der pandemiebedingten Einschränkungen Lernrückstände aufgetreten sind, hat die Bayerische Staatsregierung schon im Schuljahr 2020/2021 das Programm „gemeinsam.Brücken.bauen“ aufgesetzt, das schwerpunktmäßig die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler in den Blick nimmt. Das Programm wird auch in diesem Schuljahr fortgesetzt und ermöglicht beispielsweise durch eine erweiterte Binnendifferenzierung im Regelunterricht, die Bildung von Kleingruppen oder durch die Einrichtung von zusätzlichen Brückenkursen die bedarfsgerechte zusätzliche Unterstützung zur Überwindung pandemiebedingter Lernrückstände.

Das Zwischenzeugnis

Das Zwischenzeugnis wird immer am letzten Unterrichtstag der zweiten vollen Schulwoche im Februar ausgestellt. Zwischenzeugnisse gibt es an bayerischen Grund-, Mittel- und Real- und Förderschulen sowie an Gymnasien. Auch an den meisten beruflichen Schulen erhalten die Schülerinnen und Schüler Zwischenzeugnisse. An den Mittelschulen kann in den Jahrgangs-

stufen 5 bis 7 das Zwischenzeugnis auch durch ein dokumentiertes Lernentwicklungsgespräch ersetzt werden. Darüber hinaus kann an den Mittelschulen das Zwischenzeugnis in den Jahrgangsstufen 8 und 9 im Rahmen eines Lernentwicklungsgesprächs ausgehändigt werden, das in diesem Fall zeitnah zum offiziellen Zeugnistermin stattfindet. Auch an bayerischen Förderschulen können statt des sonst üblichen Zwischenzeugnisses der jeweiligen Schulart entsprechend Lernentwicklungsgespräche durchgeführt werden. An den Gymnasien bzw. Realschulen können die Zwischenzeugnisse in den Jahrgangsstufen 5 bis 8 einheitlich durch zwei schriftliche Informationen über das Notenbild ersetzt werden. Die Entscheidung darüber trifft die Lehrerkonferenz im Einvernehmen mit dem Elternbeirat zu Beginn des Schuljahres. An Grundschulen kann das Zwischenzeugnis in den Jahrgangsstufen 1 bis 3 durch ein dokumentiertes Lernentwicklungsgespräch ersetzt werden. Die bayerischen Viertklässler bekamen bereits im Januar statt eines Zwischenzeugnisses einen Bericht über ihren Leistungsstand, damit sie frühzeitig vor dem Übertrittszeugnis eine Rückmeldung erhalten.

Adresse der unterfränkischen Staatlichen Schulberatungsstellen: www.schulberatung.bayern.de

Unterfranken

Ludwigkai 4

97072 Würzburg

Tel.: 0931 260 7750

E-Mail: mail@schulberatung-unterfranken.d

NEUES AUS DEM LANDTAG

Erfolg für FREIE WÄHLER im Landtag: GEMA-Ehrenamtsflatrate kommt!



Die GEMA-Flatrate fürs bayerische Ehrenamt ist ein Riesenerfolg für uns FREIE WÄHLER im Landtag. Nach drei Jahren Verhandlungszeit ist es gelungen, eine für alle Seiten zufriedenstellende Lösung zu finden: Das Verhandlungsergebnis entspricht genau jenem **Entbürokratisierungsschub, den wir Anfang Januar bei einem Ehrenamtsempfang anlässlich unserer Fraktionsklausur in Chieming Hunderten bürgerschaftlich engagierten Menschen versprochen haben**. Bereits ab 1. April sind ehrenamtlich Tätige und gemeinnützige Vereine in Bayern berechtigt, **Musikveranstaltungen ohne Zahlung von GEMA-Gebühren**

durchzuführen. Denn **Anmeldung und Abrechnung von Musikveranstaltungen mit der GEMA ist eines der Themen, die uns von ehrenamtlich engagierten Menschen am häufigsten als aufwendig und belastend geschildert werden**. Doch das ist nun passé: Allein in diesem Jahr werden 47.000 Musikveranstaltungen für ehrenamtlich Engagierte kostenfrei gestellt. **Der Freistaat Bayern übernimmt dafür allein in diesem Jahr Gebühren in Höhe von mehr als einer Million Euro**. Vier Jahre läuft der GEMA-Vertrag vorerst – das ist uns FREIEN WÄHLER im Landtag die weitere Stärkung des bayerischen Ehrenamts wert. Mehr zum Thema lesen Sie [HIER](#).

Migrationspolitik: FREIE WÄHLER-Fraktion stellt sich mit Dringlichkeitsantrag hinter Kommunen

Erst der Ukraine-Krieg, jetzt das schwere Erdbeben in Syrien und der Türkei: **Wegen der steigenden Flüchtlingszahlen geraten Städte und Gemeinden in Bayern zunehmend unter Druck.** Mit einem Dringlichkeitsantrag forderten wir die Berliner Ampelregierung deshalb im Plenum des Landtags auf, **rasch für finanzielle Unterstützung der Kommunen bei der Bewältigung des Flüchtlingszuzugs zu sorgen.** Denn die Lage in den Kommunen ist vielfach bereits angespannt und könnte sich angesichts der Millionen Menschen, die durch das Erdbeben ihr Zuhause verloren haben, dramatisch zuspitzen. **Kurzfristig muss der**

Bund vor allem leerstehende Bundesimmobilien freigeben, damit nicht die Gemeinden Sporthallen und Jugendzentren zweckentfremden müssen. Neben Unterbringung und Sicherstellung der Finanzen geht es uns FREIEN WÄHLERN im Landtag aber auch um eine Begrenzung der illegalen Zuwanderung. **Wichtig ist, dass es bei der Debatte um Migration keine Tabus gibt.** Außerdem gilt es auch die Arbeitsmigration zu fördern: **Aufgabe des Staates muss sein, gezielt gegen den Fachkräftemangel vorzugehen und Zuwanderer schnell in Lohn und Brot zu bringen, um die Sozialsysteme zu entlasten.** Nur so können Städte und Gemeinden, die bislang in vorbildlicher Weise die Unterbringung von Geflüchteten organisiert haben, langfristig entlastet werden. [HIER](#) finden Sie weitere Informationen zu unserer Position.



Regierungsfractionen verbessern finanzielle Förderung für Privatschulen

Bestmögliche Bildung

für unsere Kinder im differenzierten Schulsystem ist für uns FREIE WÄHLER im Landtag Chefsache - und unsere freien, privaten Schulen sind dabei eine tragende Säule, die wir stärken.

Tobias Gotthardt,
bildungspolitischer
Sprecher



35 Millionen Euro mehr Zuschüsse ab 2024: Zusammen mit unserem Koalitionspartner CSU erhöhen und beschleunigen wir FREIE WÄHLER die Zuschüsse für Privatschulen. Damit sollen Privatschulen die Möglichkeit haben, ihre **Lehrer noch besser zu bezahlen** – entsprechend der Verbesserung des Alimentationsgesetzes für verbeamtete Lehrer an staatlichen Schulen. So erhalten die Schulen in privater und kirchlicher Trägerschaft bereits in diesem Jahr **fünf Millionen Euro mehr**. Die ursprünglich in Stufen bis August 2025 vorgesehene weitere Erhöhung der Förderung auf 35 Millionen Euro pro Jahr wird **auf den 1. Januar 2024 vorgezogen**.

Der entsprechend ergänzte Antrag wurde vergangene Woche im Verfassungsausschuss endberaten und wird am 2. März im Plenum final beschlossen. Zudem soll der **Schulgeldersatz für die Privatschulen künftig dauerhaft zwölfmal im Jahr ausgezahlt** werden. Bisher gilt diese Regelung wegen gestiegener Kosten nur einmalig für 2023. Damit wird sich der Schulgeldersatz dauerhaft um 12,8 Millionen Euro pro Jahr erhöhen. Die finanzielle Förderung der Schulen in freier Trägerschaft dauerhaft auf eine gute Grundlage zu stellen und strukturell abzusichern, war uns FREIEN WÄHLERN stets ein zentrales Anliegen. Von der verbesserten Finanzierung werden neben den klassischen Privatschulen auch die kirchlich getragenen Schulen profitieren. Mehr zum Thema lesen Sie [HIER](#).

Dringlichkeitsantrag im Plenum: FREIE WÄHLER-Fraktion kritisiert geplante Krankenhausreform

Die finanzielle Situation vieler Krankenhäuser ist dramatisch: Über 60 Prozent der Kliniken in Deutschland schrieben 2022 rote Zahlen, 20 Prozent waren insolvenzgefährdet. Die Berliner Ampelregierung plant, dieser katastrophalen Entwicklung mit einer Krankenhausreform entgegenzuwirken. **Mittels Dringlichkeitsantrags wollen wir**



len wir FREIE WÄHLER im Landtag nun verhindern, dass durch die geplante Reform die Kompetenzen Bayerns in der Krankenhausplanung beschnitten werden. Wir sind der Überzeugung: Die Krankenhausplanung ist Ländersache und muss weiterhin in unserer Hand bleiben. Denn Bayern wird seiner Verantwortung in der Investitionskostenförderung der Plankrankenhäuser umfassend gerecht. So sind im Haushalt 2023 für die Krankenhausförderung mehr als 643 Millionen Euro vorgesehen. **Die dadurch ermöglichte Berücksichtigung regionaler Besonderheiten darf nicht durch eine zentralisierte Planung gefährdet werden.** Eine Übernahme dieser Kompetenzen durch den Bund kommt einer Entkernung der föderalen Strukturen unseres Landes gleich. Mehr Informationen zum Thema finden Sie [HIER](#) und den erwähnten Dringlichkeitsantrag [HIER](#).

Kurznews

FREIE WÄHLER-Fraktion fordert Herabsetzung des Schutzstatus von Saatkrähen

Dringlichkeitsanträge, Monitoring zur Erfassung der Brutkolonien und jetzt eine Bundesratsinitiative: Wir FREIE WÄHLER im Landtag rücken der grasierenden Saatkrähen-Plage im Freistaat zu Leibe und werden eine Neubewertung des Schutzstatus auf die Tagesordnung des Bundesrats setzen lassen – das entschied der Ministerrat: **Damit wird die Saatkrähe in Deutschland in die Liste der jagdbaren Arten aufgenommen und darf bejagt werden** – so wie dies in anderen europäischen Ländern längst üblich ist. Warum wir uns dafür eingesetzt haben, können Sie [HIER](#) nachlesen.

FREIE WÄHLER-Fraktion zum vierten Jahrestag des bayerischen Bienen-Volksbegehrens



Die ernüchternde Bilanz der Umweltorganisation WWF zum vierten Jahrestag des Bienen-Volksbegehrens kommt leider wenig überraschend. Denn ohne **weltweiten Kurswechsel in der Umweltpolitik werden wir Bienen und andere Insekten nicht retten können**. Wir FREIE WÄHLER im Landtag haben das Gebot der Stunde frühzeitig erkannt und bereits vor vier Jahren mit un-

serem Koalitionspartner **eines der umfangreichsten Artenschutzgesetze Europas auf den Weg gebracht**. So bewahren wir den Artenreichtum Bayerns und unsere wunderschönen Naturlandschaften im Interesse nachfolgender Generationen. Wie das gelingen kann, erfahren Sie [HIER](#).



Krise im Bio-Anbau: FREIE WÄHLER-Fraktion kritisiert Vorgehen von Bundeslandwirtschaftsminister

Die Krise im Bio-Anbau ist längst da. Zwar wollen aktuellen Umfragen zufolge rund 89 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer künftig mehr Bioprodukte konsumieren – doch das ist ein Zerrbild der Realität. **Insgesamt kaufen nur sehr wenige Menschen Bioprodukte, was auch Bundeslandwirtschaftsminister Özdemir endlich begreifen sollte.** [HIER](#) lesen Sie, warum das der Fall ist und wie wir FREIEN WÄHLER im Landtag die Bayerischen Landwirte unterstützen.

Auf Initiative der FREIE WÄHLER-Fraktion: Gebühren für Fleischhygieneuntersuchungen werden vereinheitlicht

Viele kleinere Schlachthöfe in Bayern kämpfen um ihre Existenz – auch wegen der hohen Kosten für die Überwachung der Fleischhygiene. Das Problem dabei: Die Gebühren schlagen wegen des vergleichsweise hohen Kontrollaufwands in kleineren Schlachtbetrieben deutlich stärker zu Buche als in großen Schlachtereien. Zudem waren die Landkreise bislang gezwungen, kostendeckende Gebühren zu erheben – und das

ging vor allem zulasten strukturschwächerer Regionen. **Unser Ziel als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion ist es deshalb, bayernweit faire**



Rahmenbedingungen zu schaffen, um insbesondere kleinere Schlachtbetriebe finanziell nicht weiter zu benachteiligen und stattdessen wieder konkurrenzfähig zu machen. [HIER](#) lesen Sie wie uns das gelungen ist.

FREIE WÄHLER-Fraktion fordert Barrierefreiheit bei der Deutschen Bahn



Wir wollen sicherstellen, dass alle Bürgerinnen und Bürger in Bayern am öffentlichen Leben teilhaben können – das gilt für Menschen mit Behinderung genauso wie für ältere Personen und Familien mit Kindern. Das Fundament bildet dabei insbesondere der Mobilitätssektor, der gesellschaftliche Partizipation erst ermöglicht. Daher setzen wir uns dafür ein, dass die Bayerische Eisenbahngesellschaft **Korrekturen am aktuell laufenden Ausschreibungsverfahren im Bereich der Südostbayernbahn Linienstern Mühldorf für den Zeitraum bis zum Jahr 2035** vornimmt. Denn aktuell liegen für zwei Teilstrecken noch keine Vorgaben zur Klimatisierung

und Barrierefreiheit in den Zügen vor. Dies gilt es schnellstmöglich zu bereinigen. [HIER](#) lesen Sie mehr.

FREIE WÄHLER-Fraktion zum Landesentwicklungsprogramm

Die Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms (LEP) legt den Grundstein dafür, dass Bayern auch in Zukunft attraktiv und lebenswert ist. Es bringt die verschiedenen Interessenlagen in einen angemessenen und tragfähigen Ausgleich und muss hierfür viele Kompromisse eingehen. Zur Umsetzung der neuen Vorgaben benötigen wir Transparenz – vor allem aber den Willen, ein **Gebot zu beachten, das auf Initiative von uns FREIEN WÄHLER im Landtag vor zehn Jahren in die Bayerische Verfassung aufgenommen wurde: Die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Bayern.** [HIER](#)

finden Sie weitere Informationen zum Thema.

Gotthardt erneut als amtierender Bildungsausschussvorsitzender gewählt

Erneut haben sich die Rechten im Landtag mit ihrem Personalvorschlag für einen Vorsitzenden des Bildungsausschusses nicht durchsetzen können. Diesen AfD-Kandidaten mehrheitlich abzulehnen, ist das gute Recht des Bildungsausschusses – genau davon hat das Gremium vergangene Woche in klarer Mehrheit Gebrauch gemacht. Insofern kann man diese Sitzung als Lehrstunde der Demokratie bezeichnen. Wir FREIEN WÄHLER im Landtag freuen uns, dass Tobias Gotthardt die Arbeit als amtierender Bildungsausschussvorsitzen-



Ich freue mich darauf,
die Arbeit als amtierender Bildungsausschussvorsitzender im Dienst einer modernen, weltoffenen und ambitionierten Bildungspolitik für Bayern fortführen zu dürfen.

Tobias Gotthardt,
bildungspolitischer
Sprecher der
FREIE WÄHLER
Landtagsfraktion



der **im Dienst einer modernen, weltoffenen und ambitionierten Bildungspolitik für Bayern** fortführt. [HIER](#) mehr.

Unsere Social-Media-Beiträge – danke fürs Teilen!

Mehr Realismus bei Migration und Integration – die Bundesregierung muss endlich handeln!



Kommunen und Städte ächzen unter der Vielzahl von ankommenden Flüchtlingen und Asylbewerbern. Ob uns ein neues 2015 droht, warum es jetzt

wichtig ist, ehrenamtliche Helfer zu stärken und vor allem: **Was die Bundesregierung unserer Meinung nach tun muss**, um die Krise in den Griff zu bekommen, erklärt unser Fraktionschef Florian Streibl [HIER](#) im Video.

#FRAGFABIAN Spezial zur Bundeskrankenhausreform

Wir wollen mittels Dringlichkeitsantrags verhindern, dass durch die geplante Krankenhausreform Kompetenzen Bayerns in der Klinikplanung beschnitten werden. **Warum Lauterbachs missglückter Reformvorschlag die medizinische Versorgung in**



Bayern gefährdet, was genau uns an der Reform nicht passt und vor allem welche wirklich tragfähigen Lösungen wir stattdessen vorschlagen, erfahrt Ihr in Frag' Fabian!

80. Jahrestag der Verhaftung von Mitgliedern der NS-Widerstandsgruppe „Weiße Rose“

Am 18. Februar 1943 verteilte die NS-Widerstandsgruppe Weiße Rose das sechste Flugblatt im Lichthof der Münchner Universität. Dabei wurden Sophie und Hans Scholl sowie ihr Kommilitone Christoph Probst entdeckt, sofort gefangengenommen und nur vier Tage später hingerichtet.

Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion gedenkt dieser tapferen Widerstandskämpfer und ihres großen Mutes.



Folgen Sie uns mit einem Klick auf die Grafiken:



@fwlandtag



@fwlandtag



@fwlandtag



@fwlandtag

Wenn ihr möchtet, dann folgt mir gerne auf meinem Instagram-Account unter folgenden Link, um noch mehr Informationen über meine Arbeit zu erhalten:

 [Anna Stolz \(@anna.stolz.mdl\)](#)

Wenn ihr möchtet, dann folgt mir ebenfalls gerne auf meinem Facebook-Account:

 [Anna Stolz | Facebook](#)

Weitere Informationen erhaltet ihr ebenfalls auf meiner [Homepage](#)

Wir wünschen Euch und Euren Familien ein fröhliche Faschingswoche. Bitte bleibt ALLE gesund und HELAU!

Impressum

Abgeordnetenbüro Anna Stolz

Alte Bahnhofstraße 4

97753 Karlstadt

E-Mail: buero@mdl-annastolz.de

Homepage: www.mdl-annastolz.de
